

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Friedrich Ostendorff, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Markus Tressel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Verbraucher konsequent schützen – Höchstmaß an Sicherheit für Lebensmittel
gewährleisten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wieder einmal erschüttert ein Futtermittelskandal Deutschland und verunsichert die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie die Produzentinnen und Produzenten. Das Krisenmanagement der Bundesregierung hat versagt. Belastete Lebensmittel sind in den Handel gelangt, weil nicht rechtzeitig gehandelt wurde. Die Öffentlichkeit wurde nur häppchenweise informiert.

Die aktuellen Dioxinfunde machen deutlich, dass die Lehren aus vergangenen Futter- und Lebensmittelskandalen nicht ausreichend in die Praxis umgesetzt wurden. Die Agrarwende als Schlussfolgerung aus der BSE-Krise im Jahr 2001 muss fortgeführt werden. Damals war das Motto „Klasse statt Masse“. Einmal mehr ist belegt, dass der Systemwechsel in der Land- und Lebensmittelwirtschaft überfällig ist. Eine Erzeugung, die nur auf Kostenoptimierung ausgerichtet ist, hat sich von der Produktion guter Lebensmittel verabschiedet.

Der Dioxinskandal muss tiefgreifende Konsequenzen im Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit und für die Agrarpolitik haben. Die Verantwortung für den Skandal darf nicht auf die Länder oder die Europäische Union abgeschoben werden. Ein Aktionsplan „Verbraucherschutz in der Futtermittelkette“, der den Ereignissen nur hinterherläuft und den Konflikten ausweicht, reicht nicht aus. Der Widerstand gegen eine neue Agrarpolitik und die Verbesserung der Futter- und Lebensmittelsicherheit ist endgültig aufzugeben.

Die schwarz-gelbe Koalition hat die Agrarwende zurückgedreht und setzt gezielt auf Massentierhaltung und industrielle Landwirtschaft. Die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner blockiert das nötige Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik national und auf europäischer Ebene. Die Dioxinkrise ist damit auch ein Offenbarungseid der Agrarpolitik der Bundesregierung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Agrarwende 2.0:

mit dem EU-Kommissar Dacian Ciolos eine transparente Agrarpolitik zu verfolgen, die von der Zuschauer- zur Beteiligungslandwirtschaft geht, indem sie die gesellschaftlichen Forderungen nach Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Tierschutz und lebenswerten ländlichen Räumen umsetzt und die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt;

2. Lebensmittelkontrolle:

bundeseinheitliche Standards in den Ländern für das System der Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärkontrollen und die Rückverfolgbarkeit von Lebens- und Futtermitteln quantitativ und qualitativ festzusetzen und möglicherweise belastete Produkte unverzüglich zurückzurufen und bei Verdacht Betriebe vorsorglich zu sperren;

3. Verbraucherinformation:

aktuelle Lageberichte und betriebliche Eigenkontrollen zu veröffentlichen, alle betroffenen Unternehmen und Produkte mit Namen zu nennen, Untersuchungsergebnisse mit einem Smiley-System öffentlich sichtbar zu machen sowie das Verbraucherinformationsgesetz zu novellieren und damit Unternehmen zur Information zu verpflichten, Betriebsgeheimnisse auf das unabwendbare Mindestmaß zu reduzieren und den Informationszugang bürgerfreundlich und gebührenfrei zu gestalten;

4. Risikobewertung:

eine auf den aktuellen Fall bezogene Risikobewertung in Auftrag zu geben, die im Besonderen sensible Verbrauchergruppen und chronische Risiken einbezieht und die langfristige Belastung durch ein dauerhaftes Dioxin- und Rückstandsscreening zu erfassen;

5. Kennzeichnung:

die Kennzeichnung von tierischen Produkten zu verbessern, insbesondere die Eierkennzeichnung nun endlich auf verarbeitete Eiprodukte auszuweiten. Für Rindfleisch gibt es ein detailliertes Kennzeichnungssystem. Entsprechend ist für Fleisch, Wurstwaren und andere fleischhaltige Produkte ein vergleichbares Kennzeichnungssystem über die Haltung und die Herkunft der Tiere einzuführen und produktbezogen ein System auf den Weg bringen, das deutlich macht, mit welchen Futtermitteln ein Lebensmittelprodukt hergestellt wurde;

6. Positivliste:

eine rechtlich verbindliche Positivliste für Stoffe, die in der Tierfütterung eingesetzt werden dürfen, national und europäisch einzubringen;

7. Futtermittelbetriebe:

die notwendigen Gesetzesänderungen, die Herstellung und Handel von Fetten für die Futtermittelproduktion einerseits und zur industriellen Nutzung andererseits räumlich klar trennen, schnellstmöglich vorzulegen, für Hersteller von Futtermittelkomponenten die Zulassungspflicht zu verschärfen, die Haftung auch bei Fahrlässigkeit zum Beispiel durch einen Haftungsfonds sicherzustellen, eine Versicherungspflicht einzuführen sowie die Strafen bei Verstößen gegen das Lebens- und Futtermittelrecht deutlich zu verschärfen;

8. Förderpolitik:

die Förderung und den Erhalt einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft mit regionalen Kreisläufen zu verfolgen und anspruchsvolle Tierschutzstandards zum Maßstab zu machen, die einer Massentierhaltung entgegenwirken.

Berlin, den 18. Januar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Lebensmittelskandale wie die aktuellen Dioxinfunde sind Ausfluss einer zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft. Einzelne Arbeitsschritte, in diesem Fall Futtermittelerzeugung und Tierhaltung, werden immer weiter voneinander entkoppelt. Die Agrarindustrie, die nur auf Kostenersparnis und Profitorientierung ausgerichtet ist, wird dauerhaft keine sicheren, qualitätsvollen Lebensmittel produzieren können. Darum muss die Agrarpolitik die Förderung und den Erhalt einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft mit regionalen Kreisläufen verfolgen. Die intensivierte und exportorientierte Agroindustrie ist dagegen ein Irrweg. Einseitige Krisentreffen mit der Futtermittelindustrie sind nicht mehr zeitgemäß.

Das System der Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärkontrollen und die Rückverfolgbarkeit von Lebens- und Futtermitteln sind auf Schwachstellen zu analysieren. Seit Jahren wird die Unterausstattung der amtlichen Überwachungsämter bemängelt. Wenn ein einziger Betrieb in einem einzigen Landkreis nicht ausreichend kontrolliert wird, kann ganz Deutschland von einem verheerenden Skandal betroffen werden. Deshalb muss es bundeseinheitliche Mindeststandards geben. Die mangelhafte Zusammenarbeit mit den Ländern beim Krisenmanagement darf nicht länger die Versäumnisse entschuldigen. Das Vorsorgeprinzip muss konsequent durchgesetzt werden, auch bei Produktrückrufen oder Betriebssperren.

Im Sinne des vorsorgenden Verbraucherschutzes müssen die Konsumenten sofort und umfassend informiert werden, nicht nur über akute, auch über langfristige Gesundheitsgefahren. Und nicht nur in drei Ländern, sondern überall mit einheitlichen Informationsstandards. Vom Futtermittelhersteller bis zum Teller muss ein Smiley-System die Untersuchungsergebnisse öffentlich sichtbar machen. Nur so können Konsumentinnen und Konsumenten mündig Entscheidungen treffen. Und die Veröffentlichung von „Ross & Reiter“ ist beste Abschreckung für „Wiederholungstäter“.

Die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Bundesinstituts für Risikobewertung ist verfrüht. Obwohl noch nicht genau bekannt ist, in welcher Dimension auch Hühner-, Schweine- und Rindfleisch betroffen ist und wie lange mit Dioxin kontaminiertes Futter bereits vertrieben wurde, gibt es bereits Entwarnung. Diese Bewertung greift zu kurz. Auch sensible Verbrauchergruppen wie Kinder und Kranke sowie die Kumulation von Dioxin und seine chronischen Auswirkungen sind in der Risikoanalyse zu wenig berücksichtigt. Ein Dioxin- und Rückstandsscreening muss einen besonderen Schwerpunkt auf Kinder legen.

Kennzeichnungssysteme wie die Eierkennzeichnung ermöglichen Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht nur, auf Produkte aus artgerechter Tierhaltung zurückzugreifen. Im aktuellen Dioxinfall geben sie auch verlässlich Auskunft darüber, ob das gekaufte Ei von einem betroffenen Betrieb stammt oder nicht. Die Ausweitung auf verarbeitete Eiprodukte und die Haltung und die Herkunft von Tieren ist überfällig, um für die Konsumenten Klarheit zu schaffen. Für Rindfleisch gibt es detaillierte Rückverfolgungsmerkmale. An diesen kann man sich orientieren. Die diesbezüglichen Beschlüsse des Europäischen Parlaments zur Lebensmittelinformationsverordnung müssen dafür schnell umgesetzt werden. Futtermittel sind systemrelevant für die Erzeugung von Fleisch und Eiern. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, mit welchen Futtermitteln ein Lebensmittelprodukt hergestellt wurde. Das strenge Regime der Ökolandwirtschaft soll zukünftig als Vorbild dienen. Für Futtermittel muss eine Art Reinheitsgebot gelten. Das Verwenden isolierter Komponenten bei Futtermitteln wirft immer wieder Probleme auf. Das Ganze ist eben mehr als die Summe aller Teile. Deshalb sind im Ökolandbau der Einsatz von isolierten Fettsäuren oder die Verfütterung von Tiermehlen verboten. Der systematischen Lobbyarbeit der Futtermittelindustrie muss endlich begegnet werden. Es dürfen

nur noch Futtermittel zugelassen werden, die auf einer Positivliste geführt werden. Auch die enge Kopplung von Futtermittelerzeugung und Tierhaltung, wie sie zu den Prinzipien des ökologischen Landbaus gehört, muss in der gesamten Landwirtschaft Usus werden.

Die Initiativen von Nordrhein-Westfalen für getrennte Produktströme, eine verschärfte Zulassung und eine Haftpflichtversicherung sind zu unterstützen. Darüber hinaus sollte eine europaweite Regelung angestrebt werden. Unternehmen, die Gifte in die Lebensmittelkette einbringen, müssen vollumfänglich für den verursachten Schaden haften, sowohl gegenüber Landwirten und anderen Verarbeitungsunternehmen als auch gegenüber dem Verbraucher. Die Einführung stellt sicher, dass alle Schäden in der Lebensmittelkette gedeckt werden.